

# Die Ernährungspolitik im Reichstag.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 7. Dez. Auf eine Anfrage des Abg. **Leubner** (D. Sp.) wird seitens der Regierung erwidert, daß ein Entschädigungsgesetz für die vertriebenen Elterngeldbesitzer dem Reichstag in den nächsten Tagen vorgelegt werden wird. Ein Gesetzentwurf über die einseitige Lehrerbildung im Reichstag des Abg. **Wilmanns** (Soz.) konnte, wie der Staatssekretär **Schulze** mitteilt, noch nicht vorgelegt werden, weil noch zwischen dem Reich und den Ländern über die Kostenfrage verhandelt wird. — Zur Aufrechterhaltung des Betriebes des Zentralnordwestamtes für Kriegsvorfälle und Kriegsgeräten (Anfrage **Thiel**, D. N.) wird der Betrag von 1 Million Mark im Etat angefordert werden. — Die Erhöhung der Rente der Friedbreitenempfänger, die vor 1914 dienstschädigt wurden, (Anfrage **Sauerbrel**, Unabh.), soll durch ein in Vorbereitung befindliches Gesetz erfolgen.

Die Ansprache über den **Etat des Reichsernährungsministeriums** wird fortgesetzt. Eingegangen ist ein Antrag **Aberholz** (Rechts-Unabh.) auf Einlegung eines Untersuchungs-Ausschusses, der die gegen den Ernährungsminister **Dermes** erhobenen Vorwürfe zu prüfen habe. — Ein Antrag **Müller-Braun** (Soz.) fordert einen Gesetzentwurf, wonach die Erzeugung und der Vertrieb der künstlichen Düngemittel auf das Reich übernommen werden soll. — **Abg. Blum** (Centr.): Die gestrige dramatische Verhandlung hat der Ernährung unserer Volkswirtschaft nicht gedient. Die Autorität des Staates ist außerordentlich geschädigt worden. Wir können dem Reichstagsrat nicht zustimmen, wenn er gegen die Kampfesweise des preussischen Landwirtschaftsministers vorgeht. (Weiß!) Im Falle Annahme hat der Minister durchaus keine Pflicht getan. Wir sprechen ihm unser Vertrauen aus. Nicht die Verteilung der Nahrungsmittel ist die Hauptaufgabe, sondern die Steigerung der Erzeugung. Die Entscheidung über die abzukleinernden Erträge sollte man den Bauern selbst überlassen. Die biologische Wissenschaft ist nicht auf der Höhe, sonst hätte der Frost nicht 5 bis 10 Prozent des Weizens vernichten können.

Solange dem Bauer die Gefahr der Schabgabe droht, wird er kein Qualitätsvieh kaufen. Gegen die Maul- und Ruhrkrankheit müssen wir eine allgemeine Verbesserung einleiten. In das Ausland darf keine Tonne Stroh exportieren, die wir selber brauchen. Sozialisierung der Strohverarbeitung ist zu empfehlen.

**Abg. Arcker**, **Apender** (D. N.): Es ist höchste Zeit, daß die Preußenwahlen kommen und einer Regierung ein Ende bereiten, die nicht mit der Reichsregierung zusammenarbeiten kann, wie es Herr Braun gestern bewiesen hat. Wenn der Reichstag auf der Forderung der Wilschläge besteht, dann wünsche ich, daß es eine Reichsregierung abgibt, die ein entscheidendes Wort in die Waagschale legt. Die freie Wirtschaft kann nicht sofort eine reichliche billige Versorgung bringen. Sie muß sich erst allmählich auswirken. Die Weltung und Düngung war mangelhaft. Ich fürchte sogar, daß die Ernte im nächsten Jahre noch schlechter wird! (Hört, hört!) Das Umlageverfahren würde dafür sorgen, daß ein Landwirt auf den anderen admet. Wir werden noch viel Probleme herauslösen, denn es ist noch wenig ausgedacht. Die wieder eingeführte Javanawirtschaft hat noch keine Preisentwertung gebracht. Wir können die Frage der Erhöhung unserer Produktion nicht lediglich durch vermehrte Anwendung künstlicher Düngemittel lösen. Herr Braun müßte einmal auf einer Staatsdomäne einen Versuch mit seiner Theorie machen. Wo eine Vertiefung, eine Kommunalisierung stattgefunden hat, ist bisher kein Erfolg eingetreten. Uebernahme gealterter Erwerbslos als landwirtschaftliche Arbeiter ist sehr erwünscht. Wollen wir unsere Aufgaben alle erfolgreich erfüllen, so müssen Produzent und Konsument, Stadt und Land sich in die Hände arbeiten. Ich fordere meine Berufsgenossen auf, nicht zu denken an die großen politischen Gegensätze, die unser Volk zerfleischen, nicht an die Wuchererwinne, sondern an die Not des Volkes. Nur in der Landwirtschaft, mit der Landwirtschaft kann unser Volk aus der Not wieder herauskommen.

**Abg. Dulke** (D. N.): Der Reichsanwalt hat gestern zur rechten Zeit eingegriffen, um die Würde des Hauses zu wahren. Es war ein Schauspiel niedriger Art, wie es wohl noch nie in einem deutschen oder außerdeutschen Parlament vorgekommen ist. Aus dem vom Minister vorgelesenen Briefe haben wir ersehen können, daß eine Falschung nicht vorgenommen worden ist. Es ist

mithin ein Verbrechen schwerer Art, wenn ein Minister dem anderen die Mitschuld oder auch nur die Hauptschuld an einer solchen Urkundenfälschung unterschiebt. Wir verlangen von dem Mittäter eines Verbrechens eine scharfe Strafe. Die wahllose Einführung des Achtstundentages durch die Sozialdemokratie hat die landwirtschaftliche Produktion ruiniert. Wenn in den mittleren und kleinen Betrieben nicht Männer, Frauen und Greise von früh bis spät gearbeitet hätten, dann wären Sie vielleicht verhungert. (Widerpruch links, Zustimmung rechts.) Ein Sinken der Weizenpreise ist mit der Zeit zu erwarten. Mit der Inflationsherlichkeit der Kriegsgesellschaft muß gründlich aufgeräumt werden. Die Kriegsgesellschaft muß endlich Rechnung legen. Deutschland darf keine einzige Rubel ausliefern; wir brauchen die Milch für unsere Kinder. Hier muß die Regierung fest bleiben.

**Abg. Berg** (U. S. V. rechts) sucht das Auftreten des Landwirtschaftsministers **Braun** zu rechtfertigen. Die Landwirte können ihrer Ablieferungsspflicht nicht nach. In Bayern hätte die Ernte das Getreide zurück, um bei dem Umkuren den Soldaten zu beweisen, daß sie dann besser verlorat werden könnten. — **Reichsernährungsminister Dermes** rechtfertigt u. a. die harte Verteilung der Braueren zur Erhaltung des Brauereigewerbes mit seinen über 120 000 Arbeitnehmern.

Das Haus verlegt sich auf Donnerstag 2 Uhr. Rinderzulagen für Beamte. Weiterberatung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

## Der Skandal bei den Deutschen Werken.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Dez. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute bei Weiterberatung des Etats des Reichs-Sachministeriums die Debatte über die Deutschen Werke fortgesetzt. **Wieland** (Dem.): Der Vertrag, den die Direktion der Deutschen Werke mit Herrn **Rahn** abgeschlossen hat, ist ungewöhnlich, aber die Verhältnisse sind auch ungewöhnlich gewesen. Die Direktion hat jedenfalls bona fide gehandelt. Der Vertrag hätte aber dem Aufsichtsrat vorgelegt werden müssen. — **Ministerialrat Schäfer** (Reichs-Sachministerium): Die von den Sachverständigen angegebene Zahl gilt nur für 10 000 Tonnen abrauchfähige Maschinen. Es dürfte sich indessen um 15 000 Tonnen handeln. Die von den Sachverständigen angegebene Preise sind ebenfalls niedriger. Es ist unverständlich, was Herr **Rahn** auf der Preisliste von 1000 M. ohne eine Abbruchverpflichtung für ein Vierteljahr zu verkaufen. — **Abg. Schulz-Bromberg** (D. N.): Wie es möglich war, den Vertrag zu schließen mit dem Herr **Rahn**, ist unverständlich. Das hat die Deutschen Werke keine wirksamen Kontrollrechte gewährt, ist ungeschicklich.

**Centrum, Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen** beantragen eine Resolution, wonach der Reichstag den am 1. Dezember 1919 abgeschlossenen Vertrag mit Herrn **Rahn** aufheben und die Reichsregierung auffordern soll, auf eine Aufhebung des Vertrages hinzuwirken und die ausfalligen Mittel anzuwenden, um in Zukunft den Abschluß ähnlicher, für das Reich ungünstiger Verträge zu verhindern.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache sprach **Reichs-Sachminister v. Raumer**:

Es hat sich nicht ein Schöten eines Beweises ergeben, daß bei dem Vertrag Unrechlichkeiten vorgekommen sind. In die sachlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Reichs-Sachministerium und den Deutschen Werken sind gegen meinen Willen Schärfe hineingebracht worden. Eine Sabotierung der Reichsbetriebe liegt mir fern. Wenn ich gegen die Reichsbetriebe gewesen wäre, so hätte ich mein Amt nicht angetreten. Nicht ich widerstrebe einer Mitarbeit bei den Angelegenheiten der Deutschen Werke, sondern die Direktion trat dem entgegen. In aller Deutlichkeit möchte ich aber schließen: Wenn ein Minister einmal durchgreift, um Schäden für das Reich einzubringen, so fällt ihm ein Teil der Presse und auch einiger politischer Parteien in den Arm. — **Reiz** (Soz.) sprach von dauernder bürokratischer Einmischung des Reichs-Sachministeriums in die Angelegenheiten der Deutschen Werke. Sie habe eine große Erregung erzeugt. — **Minister v. Raumer**: Ich übernehme die volle Verantwortung für den Eintritt, der meine Pflicht war, auch wenn der Abgeordnete **Reiz** den Vertrag mit Herrn **Rahn** verurteilt. — Nächste Sitzung übermorgen.

## Das deutsch-schweizerische Abkommen.

(Zusammenfassung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 7. Dez. Auf besonderen Wunsch des auswärtigen Amtes war heute eine Sitzung des Reichsrats einberufen worden, die vom Minister **Dr. Simons** geleitet wurde. Auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldanleihe in Deutschland und gewisse Arten von Frankenschulden an deutsche Schuldner. Der Gesetzentwurf enthält drei Beilagen. Das Abkommen, mit der Schweiz regelt auch die Frage der Goldanleihe, die Schweizerischen Gläubigern deutschen Schuldner gegenüber zuheben und nach einer Klausel im Hypothekenbrief in Gold auszusahlen sind. Zweitens wird geregelt die Frage der Frankenschulden, die von deutschen Beamten an die Schweiz, von deutschen Internierten, deutschen Wehrmännern und solchen Deutschen aufgenommen wurden, die sich zum Zwecke der Heilung in der Schweiz aufgehalten haben. Drittens betrifft das Abkommen die Fälle, in denen während des Krieges deutsche Länder, Gemeinden und Verbände, Landwirtschaftskammern, für den Bezug von Weiz, Milch und anderen Nahrungsmitteln aus der Schweiz Schulden aufgenommen haben, die auch in Franken zurückzahlen sind.

Die Schweiz ist uns, wie der Berichterstatter, Ministerialdirektor **v. Hüfelin**, ausführte, in allen diesen Punkten entgegengekommen. Auf Anfrage des Berichterstatters erklärte Minister **Dr. Simons**, daß zu den Beamten, von denen das Abkommen spricht, nach Ansicht der Regierung auch die in die Schweiz abkommandierten Militärs gehören. Der Berichterstatter teilte schließlich mit, daß hinsichtlich der Schulden der öffentlichen Verbände, Länder und Gemeinden für bezogene Lebensmittel die Schweiz sich bereit erklärt habe, daß die Beilegung der Frankenschulden dadurch ermöglicht werde, daß Waren nach der Schweiz geliefert würden. Der Berichterstatter wünschte, daß von den zuständigen Stellen die Rückführung dieser Waren nach der Schweiz möglichst erleichtert würde. Es entspreche dies besonders einem Wunsch der süddeutschen Regierungen. Minister **Dr. Simons** erklärte, daß die Reichsregierung dem entgegenkommen werde, soweit es im Rahmen der allgemeinen Ausfuhrpolitik möglich sei. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig genehmigt und hierauf noch das Gesetz zur Ausführung des internationalen Optimumabkommens angenommen.

## Das deutsch-holländische Kohlen- und Kredit-Abkommen.

Berlin, 7. Dez. Die deutsche Regierung hat der niederländischen Regierung mitgeteilt, daß sie zur Ratifizierung der deutsch-holländischen Kohlen- und Kredit-Abkommen bereit sei. Die deutsche, vom Reichspräsidenten **Ebert** gezeichnete und vom Reichsminister des Äußeren **Dr. Simons** gegengezeichnete Vertragsurkunde befindet sich bereits im Haag, so daß der Austausch jederzeit stattfinden kann. (W. T. N.)

## Vorkonferenzen des Verbandes in Brüssel.

London, 7. Dez. Die finanziellen Sachverständigen der Allierten werden sich zunächst ohne die deutschen Sachverständigen nach Brüssel begeben. Ein Bericht über die Konferenz soll dann sofort den verhandelnden Regierungen überhandt werden, worauf eine zweite Konferenz der Sachverständigen mit den Deutschen stattfinden soll, in der alle Fragen des Schadenersatzes einbeziehen zu beraten seien.

## Rücktritt des französischen Vorkonferenzen in London

Paris, 7. Dez. Der französische Vorkonferenz in London **Cambou** wird, dem Vernehmen nach, seinen Posten nach vor Beinhaken verlassen. (W. T. N.)

## Gegen die passive Resistenz der Beamten.

Berlin, 7. Dez. (Antif.) Gegenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung zu betonen, daß sie in der Frage der Beamtenverhältnisse noch wie vor auf dem Boden der von der preussischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 2. Februar 1919 abgegebenen Erklärung steht. Auch die gegenwärtige preussische Staatsregierung erkennt das Quallionsrecht der Beamten an. Mit dem Begriff des Quallionsrechts ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Das Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis bricht mithin ein Beamter, der er übernommen hat, der Streik nicht als ungeschultes Herbeibringen vom Amte dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Einkommens verlustig geht; auch hat er die Einleitung des formalen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Dem Beamten stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Zu dieser Erklärung wird noch antwortet: Die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen dem Herbeibringen von der Arbeitsstätte und der Verringerung der Arbeit auf der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz. In allen diesen Fällen verliert der Beamte die ihm obliegenden Dienstpflichten. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und den Verlust seines Dienstverhältnisses zu gewärtigen. (W. T. N.)

## Rücktritt des Bremer Senats.

Bremen, 7. Dez. Der aus Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei bestehende Bremer Senat ist auf Grund eines einstimmig gefassten Beschlusses zurückgetreten, weil er bei dem Verlassen der sozialistischen Mehrheit der Bürgerchaft die Beschlüsse nicht weiterführen zu können glaubt. (W. T. N.)

nicht einmal der Aufsichtsrat ist laut ausdrücklicher Erklärung des Reichs-Sachministers von den Vereinbarungen in Kenntnis gesetzt worden. Also eine Geheimwirtschaft von Anfang bis zu Ende, in deren Gegenwart ich und unerbittlich hineinverwickelt werden muß. Es scheint herabzuwinken, als wenn die Direktion und Herr **Rahn** von vornherein darauf ausgegangen wären, ganz unter sich zu bleiben, und die gute Öffentlichkeit, die immer gleich rannt, nicht von jeder Mitbeteiligung auszuklaren. Sollte eine derartige Absicht bestanden haben, so ist sie jedenfalls gründlich durchkreuzt worden, und die öffentliche Meinung wird nun nicht rufen und rufen, bis sie volle Aufklärung über alle Triebkräfte eines Vertrages erhalten hat, der nach dem Urteil des Reichs-Sachministers und der sachverständigen Sachverständigen einem Herrn von **Rahn**, der seine einträgliche Firma besitzt, eine unannehme Verdienstmindernde in den Schoß wirft, für die Deutschen Werke schwere und langfristige Verpflichtungen begründet, dabei keinerlei wirksame Sicherungen gegen Zücherei und Korruption enthält und die Interessen des Reiches auf das allerschwerste verliert. Ein wahres Monstrum von einem Vertrage! Und bei alledem soll sich das Reich noch damit abfinden müssen, daß diese Unannehmlichkeit bis zum September 1920 weiter besteht und dann bis dahin das Vermittlungsamt vorgeht? Da wird der Reichs-Sachminister doch wohl den Versuch machen müssen, entweder auf rechtlichem Wege auf Grund der vorerwähnten Untergangsmöglichkeiten die Unannehmlichkeit des Vertrages zu erlösen, oder, falls dies nicht möglich sein sollte, unter halbwegs erschwerenden Bedingungen durch gütliche Auseinandersetzung mit Herrn **Rahn** diesen Stein des allerschwersten Anstoßes aus dem Wege zu räumen.

Eine befreundete Ermahnung, die ebenfalls recht sehr zu denken gibt, war bei der Verhandlung der Sache im Reichstag die Bemerkung, mit der die Reichs-Sachminister, sekundiert von dem im Aufsichtsrat der Deutschen Werke stehenden **Abg. Geigeln**, die Vertagung der Interpellation bis nach der abendlichen Aufsichtsrats-Sitzung befürworteten. Man kann sich vorstellen, was dabei die Ursache war, daß der sozialdemokratische Abgeordnete **Wißel** sich nicht scherte, dem Reichs-Sachminister **Raumer**, der mit wirklich dautenwertiger Energie auf der sofortigen Vertagung bestand und sich in seiner Erörterung des Falles im Reichstag vor den Mund nahm, vorzuerwerfen, er, der Minister, habe die rechtliche Einberufung des Aufsichtsrates verhindert. Die Unmöglichkeit dieser Behauptung wurde sofort von dem Reichstag, nämlich von einem Ministerialdirektor, der stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Werke ist, durch die Nachweisung erhärtet, daß die Vertagung der Aufsichtsrats-Sitzung in Geseinsamkeit gerade auf Wunsch des Abgeordneten **Wißel** sowie seines Parteigenossen **Reiz** und des demokratischen Reichstagsabgeordneten **Wißel** und des Reichstagsabgeordneten **Wißel** in diesem Zusammenhang nicht erscheinen, daß der **Wißel** durch den Versuch gemacht hat, die Gelegenheits zur Entdeckung eines dem Reichstagsabgeordneten **Wißel** in der Person des demokratischen Abgeordneten von dem Reichstag auszuscheiden, der die Deutschen Werke als Direktor einer von ihnen nicht direkt beteiligten Firma mit der Vertiefung des Reichs-Sachministeriums in einseitigen Interesse bedroht haben soll. Der genannte Abgeordnete hat die Behauptung mit Entschiedenheit zurückgewiesen und die Reichs-Sachminister erwidert, was mag wohl die Sozialdemokratie bewegen, in einer Sache in der sie doch eigentlich ganz auf Seiten der Kämpfer für Rechtlichkeit stehen müßte, ihren Eifer so nach einer solchen Richtung zu betätigen? Erkläret mir, **Herr Reichstag**, diesen Zweifelpal der Natur!

## Notopfer und Zwangsanleihe.

Berlin, 7. Dez. Der Sonderauschuß des Reichstages setzte die Beratung des Gesetzes über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers unter Berücksichtigung der Rede des Reichs-Sachministers am 1. Dezember 1919 fort. **Abg. Dr. Nieher** (D. Sp.) wies nach, daß in keinem anderen Lande das Vermögen so stark mit Abgaben belastet wurde, wie in Deutschland. Das Notopfergesetz übergriffe wirtschaftlich ertraglose Dienstverhältnisse und mehrere daher die Meinung zu Dimerzungen. Zum Gedankens der sofortigen Erhebung des Reichsnotopfers äußerte sich der Redner für seine Person ablehnend, weil seine Gewerbe dafür vorhanden sei, daß auch nur ein geringer Teil der Schwere der Schuld abgebaut und die so notwendige Sanierung der Reichsfinanzen herbeigeführt werde. Mit der Erhebung des Notopfers und der gleichzeitigen Aushebung des Rentenversicherungsplanes könne er nur dann einverstanden sein, wenn die Einzahlung des Reichsnotopfers auf die Javanaschulden einbezogen würde. Die schwebenden Kreditanleihen mit dem Wert angenommen würden, das Reichsnotopfer auch mit Zwangsanleihe bezahlt werden könnte und weiter die Zwangsanleihe, die mit 4 Prozent verzinst werden solle, von der Kapitalertragssteuer befreit werde. Als weitere Bedingung seiner Zustimmung bezeichnete der Redner eine rücksichtsvolle Behandlung des Betriebskapitals und der kleinen Vermögen. Weiter empfahl der Redner die Aufnahme einer freiwilligen Anleihe mit etwas höherem Zinssatz, etwa 1 1/2 Prozent, ferner müßte das sechshundert und zurückgehaltene Geld einbezogen und der Ertrag der freiwilligen Anleihe zur Abtragung der schwimmenden Schuld verwendet werden.

**Abg. Dr. Seiffert** (D. N.) stimmt den Ausführungen des Reichs-Sachministers über die able Finanzlage des Reiches völlig an. Sein Gesetzentwurf sei insbesondere die Verwendung unserer Anlagen zu diskutieren, umal weitere ungewohnte Ausgaben für Beamtengehälter usw. in Aussicht stehen.

Das deutsche produktive Vermögen werde völlig aufgebracht und die deutsche Wirtschaft vernichtet, wenn nicht endlich über die Kosten des Friedensvertrages Klarheit geschaffen und hier Milderungen erzielt würden.

Es müßte doch möglich sein, nachdem anerkanntermaßen die Entschaffung durchzuführen ist, die fremde Besatzung zu mindern und die Kosten dafür zu verringern, wenn das Auswärtige Amt sich mit Ernst diese Aufgabe stellen würde. Ob es möglich sein wird, in diesem Augenblick einen so schweren Einritt in die deutsche Wirtschaft zu machen, wie dies durch eine Zwangsanleihe geschehe, wolle er zunächst offen lassen, umal auch seine Funktion dazu noch keine Stellung genommen habe. Die Finanzämter sollten angestiftet werden, auf Grund der vorläufigen Darstellung die Höhe und Vermögensverhältnisse, wie auch das Reichsnotopfer bald zu erheben, um so die allernötigsten Summen bereinzubringen. Die zur Debatte stehende Steuerentlastung sei ihm zu brutal, da sie auch von denen sofort Steuerentlastung verlange, die kein Barvermögen hätten.

**Reichs-Sachminister Dr. Wirth** teilte hinsichtlich der Ausführung des Friedensvertrages mit, daß das Finanzministerium in dieser Hinsicht eine aktive Politik treibe. Die Vorbereitungen der Konferenz in Brüssel seien getroffen. Die Inflation des Geldes dürfe nicht ins Unabsehbare erhöht werden, weil dadurch dilatierend die Kaufkraft anderer Geldes weiter erniedert würde. Die Regierung muß noch wie vor an der Vorlage festhalten und habe inzwischen auch die Frage einer Javanaschuldenübernahme geprüft. — **Ministerialdirektor Simons** machte Mitteilung über die Schritte des Auswärtigen Amtes bei der Einsetzung des Reichs-Sachministers der hohen Besatzungsmächte. — **Abg. Dr. Blum** (Dem.), **Dr. Braun** (Soz.), **Dr. Seiffert** (D. N.) erwidern mit großem Nachdruck auf die Verminderung der ungewohnten Besatzungsmächte an drängen. Die Beratungen würden hierauf abgebrochen.

## Frangösische Angst vor der Wahrheit.

**Erler**, 7. Dez. Die sozialistische „Parteiwarte“ ist auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung eines Artikels der „Dynamis“ vom deutschen Kindererfend. (W. T. N.)